

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 10.09.2008
Sitzung Nummer:	26 (OULA/26)
Sitzungsdauer:	17:00 - 19:40 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1-2, Neubau, Raum 150

Eduard Stapel
Vorsitzende/r

Karola Abs Torsten Friedrichs
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Eduard Stapel

Mitglieder

Dieter Bolle

Uwe Klemm

Bernd-Otto Leunig

Dr. Klaus-Jürgen Mörs

John Völtzke

Vertreter für Waldemar Schreiber

sachkundige Einwohner

Friedrich Jahns

Torsten Mehlkopf

Dr. Peter Neuhäuser

Manfred Schulz

von der Verwaltung

Martin Falkhofen

Dr. Joachim Franke

Protokollführer

Torsten Friedrichs

von der Verwaltung

Annemarie Theil

Heinz-Jürgen Twartz

Gäste

Rocco Buchta

Leiter des Naturparks Westhavelland

Abwesend:

Mitglieder

Arnold Bausemer

Waldemar Schreiber

entschuldigt

entschuldigt

sachkundige Einwohner

Holm Dietze

Inka Roloff

entschuldigt

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz sowie der Tagesordnung
 - 3 Feststellung der Niederschrift der 25. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz vom 10.07.2008
 - 4 Genehmigungserteilung Notfallrettung und qualifizierter Krankentransport 2009-2014
Vorlage: 427
 - 5 1. Änderungssatzung zur Satzung für die Erhebung eines Kostenersatzes für Dienst-, Sach- und Prüfleistungen der Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ) sowie für Leistungen der Einheiten für besondere Einsätze "Feuerwehrebereitschaft" des Landkreises Stenal (Kostensatzung Brandschutz/Hilfeleistung) vom 24.11.2005
Vorlage: 413
 - 6 Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut- Antrag der Fraktion DIE LINKE- Bündnis 90/ Die Grünen
Vorlage: 404
 - 7 Stand sowie weitere Um- und Zielsetzung des Gewässerrandstreifenprogramms Untere Havel
 - 8 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Stapel eröffnet die 26. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz und begrüßt alle Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz sowie der Tagesordnung

Herr Stapel stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der Ausschussmitglieder fest. Damit ist der Ausschuss beschlussfähig. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen mit der Veränderung, dass der Punkt 7 wegen der dazu anwesenden Gäste in der Beratung vorgezogen wird.

zu TOP 3 Feststellung der Niederschrift der 25. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz vom 10.07.2008

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 10.07.2008 wird einstimmig angenommen, mit folgender Korrektur im TOP 5. Nach dem 7. Absatz (vor der Anfrage von Herrn Klemm) wird der Absatz eingefügt: **Herr Schreiber** stellt fest, dass die Menschen der Wische es über 100 Jahre geschafft haben, mit der Natur zu leben. Man muss ihnen auch zutrauen, dass sich das auch in Zukunft nicht ändern wird, auch ohne gleich eine Landschaftsschutzgebietsverordnung über die Wische zu legen.

zu TOP 4 Genehmigungserteilung Notfallrettung und qualifizierter Krankentransport 2009-2014 Vorlage: 427

(Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit im Versammlungsraum Stendal behandelt.)

Herr Twartz stellt dar, dass die Genehmigungserteilung erstmals nach dem neuen Rettungsdienstgesetz erfolgen wird. Daher kann neben der Wirtschaftlichkeit auch die Qualität der geleisteten Arbeit berücksichtigt werden. Er führt aus, dass 5 Anträge fristgerecht eingegangen sind und erläutert einige wesentliche Bedingungen. Die Ausschreibung erfolgte in 8 Losen (je ein Los/ Rettungswache und ein Gesamtlos). Anschließend erläutert er den Bewertungsschlüssel, nach dem die einzelnen Angebote ausgewertet wurden. Nach Vorstellung der einzelnen Ergebnisse an Hand des Bewertungsschlüssels stellt **Herr Twartz** fest, dass das Gesamtlos die beste Bewertung erhält. Dabei hat die JUH mit 150 Punkten gegenüber dem DRK mit 144 Punkten das bessere Angebot abgegeben, so dass die Vergabe für den Zeitraum 2009-14 an die JUH erfolgen soll. Weiter informiert **Herr Twartz**, dass sowohl die leitenden Notärzte als auch der Rettungsdienstbereichsbeirat über das Ausschreibungsergebnis informiert wurden und die Auswertungsweise des Landkreises begrüßt haben. Die Krankenkassen bemerkten dazu, dass in Sachsen-Anhalt generell die Tendenz zu größeren Einheiten im Rettungsdienst geht.

Frau Paschke hinterfragt, ob die Verlängerung der Abgabefrist für Angebote auf Mängel in der Ausschreibung zurückzuführen waren und ob gesetzlich ein hauptamtlicher leitender Notarzt für den Landkreis nunmehr vorgeschrieben ist. Darauf erwidert **Herr Twartz**, dass es doch einige Nachfragen z.B. zu Mietverhältnissen der Rettungswachen gab, die nachvollziehbar waren. Die Fristverlängerung war kein rechtliches Problem, da alle Interessenten über die Fristverlängerung informiert wurden. Zum leitenden Notarzt stellt er dar, dass die Hauptamtlichkeit nicht gesetzlich vorgeschrieben ist. Im Landkreis ist die Aufgabe einvernehmlich unter die Herren Dr. Fiedler, Dr. Hoffmann und Dr. Friedrichs aufgeteilt und wird erfüllt. Damit ist ein hauptamtlicher leitender Notarzt im Landkreis Stendal nicht erforderlich.

Herr Rettig erkundigt sich, ob das Rechnungsprüfungsamt (RPA) zu der vorgesehenen Vergabe Stellung genommen hat und bemängelt, dass die Auswertung nur nach dem Punktesystem für den Einzelnen kaum nachvollziehbar ist. Dazu erläutert **Herr Twartz**, dass das RPA beteiligt wurde, nach der Prüfung die abgegebenen Angebote als plausibel qualifizierte, aber keine direkte Stellungnahme dazu für notwendig erachtete. Weiterhin stellt er dar, dass die genauen Zahlen wegen des schutzwürdigen Interesses der Bewerber nur im folgenden, nichtöffentlichen Teil genannt werden dürfen.

Herr Dr. Kühn stellt dar, dass die entsprechende Ausschreibung im Landkreis Anhalt- Bitterfeld auf Grund einer Forderung des Europäischen Gerichtshofes europaweit erfolgte und hinterfragt, warum nicht ebenso im Landkreis Stendal. Dazu informiert **Herr Twartz**, dass in Sachsen-Anhalt nur der eine Landkreis europaweit ausgeschrieben hat. Die Forderung des Europäischen Gerichtshofes ist derzeit für Deutschland noch nicht bindend.

**zu TOP 5 1. Änderungssatzung zur Satzung für die Erhebung eines Kostenersatzes für Dienst-, Sach- und Prüfleistungen der Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ) sowie für Leistungen der Einheiten für besondere Einsätze "Feuerwehrbereitschaft" des Landkreises Stenal (Kostensatzung Brandschutz/Hilfeleistung) vom 24.11.2005
Vorlage: 413**

Herr Falkhofen führt aus, dass die Änderungssatzung nur Anpassungen in wenigen Punkten enthält. So wurde im Punkt 9 ein Auffangtatbestand für sonstige vorstehend nicht genannte Leistungen geschaffen. Weiterhin wurde die Gebührenhöhe in den Punkten 2.6 und 2.7 wegen der Anschaffung eines Neuwagens neu kalkuliert.

Die Vorlage Nr. 413 wird einstimmig befürwortet.

**zu TOP 6 Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut- Antrag der Fraktion DIE LINKE- Bündnis 90/ Die Grünen
Vorlage: 404**

Einleitend gibt **Frau Theil** bekannt, dass in der ursprünglichen Berechnung der Drucksache 404 sich ein Berechnungsfehler eingeschlichen hatte, so dass dies mit den zugesandten Austauschblättern korrigiert werden musste. Herr Mehlkopf hatte mit seinen Zweifeln an den vorgelegten Zahlen Recht.

Herr Stapel stellt fest, dass auch dieser Ausschuss dazu aufgerufen ist, Vorschläge in die Diskussion einzubringen, damit auf dieser Grundlage eine Strategie erarbeitet werden kann. Er ruft alle auf, ihm in

den kommenden Wochen entsprechende Ideen / Vorschläge zu übergeben bzw. diese bei der nächsten Ausschusssitzung einzubringen. Dies soll in ein Gesamtkonzept einfließen, welches der Jugendhilfeausschuss im November 2008 diskutieren und dann dem Kreistag vorlegen wird.

Frau Theil stellt einige Punkte dar, die im Bau- / Schul- bzw. Wirtschaftsförderausschuss diskutiert wurden. Als ein Schwerpunkt wurde die „Arbeit“ mit den Eltern gesehen. Vielfach nehmen sich die Eltern zu wenig in die Verantwortung, ihre Kinder zu betreuen bzw. sind dazu nicht in der Lage. Durch spezifische Projekte sollen Beispiele zur Problemlösung gesetzt und erprobt werden.

Als ein Beispiel stellt sie das Projekt der ALS dar, dass alle Schulanfänger kostenlos mit einer Obst-/Brotdose ausgestattet wurden. Nicht wenige Kinder kommen ohne Frühstück zur Schule. Vielleicht können so doch mehr Elternhäuser animiert werden, ihren Kindern Frühstück bzw. Obst mitzugeben. Sie stellt weiterhin fest, dass dem Problem der Schulpflichtverletzer durch den Landkreis mit der derzeitigen Personalbesetzung nicht nachzukommen ist und kaum Zeit und Mittel für Fördermaßnahmen bleiben.

Des Weiteren wurde in Bezug auf die Diskussion zur Erstellung des Nahverkehrsplanes 2009 – 2013 die Frage zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV für sozial schwache Bürger gestellt bzw. über die Einführung eines Sozialtickets nachzudenken.

zu TOP 7 Stand sowie weitere Um- und Zielsetzung des Gewässerrandstreifenprogramms Untere Havel

Herr Buchta als Leiter des Naturparks Westhavelland stellt den Sachstand zur geplanten „Renaturierung“ vor. Das Bearbeitungsgebiet erstreckt sich von Pritzerbe östlich Rathenow bis zur Havelmündung. Als wichtige Probleme stellt er fest, dass die Havel im Zeitraum von 1965 – 2005 ein durchschnittliches jährliches Wasserdefizit von 23 % aufweist und seit 1900 etwa 90% der Überflutungsfläche eingebüßt hat. Daraufhin gibt er einen Einblick in das Regionale Entwicklungskonzept Untere Havel, dass unter anderem unter den Prämissen des Erhalts der Elbe-Scheitelkappung im Hochwasserfall und des Erhalts der Schiffbarkeit u.a. für Hotelschiffe erarbeitet wurde. Alle vorgesehenen Maßnahmen sollen nur dann umgesetzt werden, wenn in der Sache Einvernehmen erzielt wird.

Derzeit läuft die 1. Phase mit der Erstellung eines Pflege- und Entwicklungsplanes (PEP). Diese Phase steht kurz vor dem Abschluss. In der 2. Phase, die für 2009 – 2019 vorgesehen ist, sollen dann u.a. notwendige Planfeststellungsverfahren durchgeführt, Maßnahmen umgesetzt und ein Unterhaltungsplan erstellt werden.

Derzeit wird für den PEP an einer Optimierung des Wassermanagements und der Nachweisführung der Hochwasserneutralität der Maßnahmen gearbeitet. **Herr Buchta** erläutert weiterhin, dass die derzeit geplanten Maßnahmen im gesamten Projektgebiet mit einem Flächenverlust von 50 ha Grünland auskämen und das bei einem derzeitigen wirtschaftlichen Grünlandüberhang von 2000 ha.

Der PEP-Entwurf soll Anfang Januar 2009 verabschiedet und den Kreistagen der beteiligten Landkreise im Februar vorgelegt werden.

Vorgesehene Renaturierungsmaßnahmen sind u.a.

- Einbringen von bei der Fahrrinnenunterhaltung anfallenden Baggergutes in Gleithangabschnitten des Flusslaufes
- Rückbau des Deckwerkes mit Fixierung der Uferbereiche an kritischen Stellen
- Rückbau von Uferverwallungen
- Anschluss von Altarmen
- Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit (z.B. an Wehren)

Durch Gutachter wird eine Prioritätenliste erstellt, die dann auch mit den Landkreisen und Vertretern der Gemeinden diskutiert wird.

Herr Buchta stellt fest, dass bei der Projektarbeit eine gute und konstruktive Zusammenarbeit mit den Kommunen erreicht wurde, die in dieser Qualität auch weitergeführt werden soll.

Herr Dr. Neuhäuser hinterfragt, ob neben dem eigentlichen Havellauf die unmittelbar angrenzenden Seen mit einbezogen wurden. Darauf antwortet **Herr Buchta**, dass nur der Schollener und der Gülper See in das Projektgebiet aufgenommen wurden. Allerdings liegen beide Seen nicht im Kerngebiet und Projekte sind für beide nicht beantragt.

Abschließend weist er darauf hin, dass nur einige Aspekte der vorgesehenen Havelrenaturierung in diesem Rahmen angerissen werden konnten, dem Landkreis weitergehende Informationen zur Verfügung stehen und bei Bedarf eingesehen werden können.

zu TOP 8 Anfragen und Hinweise

a) Verbrennungsverordnung

Frau Theil informiert, dass durch das Fachamt eine Überarbeitung der Verbrennungsverordnung erfolgt ist, die der Landrat vorab dem Ausschuss zur Kenntnis bringen möchte. **Herr Dr. Franke** weist auf wesentliche Änderungen und vorgesehene Präzisierungen hin. So sollen die Beschränkungen auf 1 m³ Verbrennungsmaterial und eine Verbrennungszeit von zwei Stunden fallen gelassen werden, da dies faktisch nicht kontrollierbar ist. Weiter soll die Forderung, die Aschereste mit Erde abzudecken, gestrichen werden, da durch diese Maßnahme Glutnester länger erhalten bleiben. Dafür soll die Verbrennungsmenge auf 1,5 m x 1,5 m x 1m Höhe begrenzt werden. Die Verbrennungsmenge kann dann auch nach Abbrennen des Feuers an Hand der Ausdehnung der Aschereste festgestellt werden.

Herr Stapel und **Herr Dr. Mörs** sprachen sich dafür aus, die Begrenzung von zwei Stunden Verbrennungszeit in der Verordnung zu lassen. Zwar sei dies kaum kontrollierbar, doch wird die Regelung bei vielen Bürgern eine zeitliche Beschränkung des Verbrennens erzeugen. Ansonsten wird so mancher sein Feuer ganztägig betreiben.

Herr Dr. Neuhäuser weist im Zusammenhang mit der vorgesehenen Überarbeitung darauf hin, dass vor dem Hintergrund zunehmend milder Winter das Verbrennen nicht über den 15. März ausgedehnt werden sollte. Aus Naturschutzsicht wäre der 01. März der bessere Endtermin.

b) Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Herr Dr. Franke informiert, dass im Rahmen der gegenwärtig laufenden Diskussion zur WRRL für den Landkreis drei Pilotprojekte in den Bereichen Quellgebiet der Uchte bis Staats, Secantsgrabenniederung und Zehrengaben eingebracht wurden. Dabei geht es u.a. um die ökologische Durchgängigkeit sowie den Ersatz bzw. die Nutzung von Stauanlagen. Diese Pilotprojekte sollen voraussichtlich zu 100% gefördert werden.

Herr Dr. Neuhäuser gibt zu bedenken, dass das Problem mit der Wassermühle Staats an sich ein Privatvorhaben ist und die neuen Eigentümer ihre vitalen Interessen nachweisen sollten. Er bezweifelt die Priorität der Wassermühle und weist darauf hin, dass es in den vergangenen Jahren Probleme mit der Wasserhaltung der unweit liegenden Orchideenwiese gab.

Dazu führt **Herr Dr. Franke** aus, dass es bei dem Projekt nicht nur um die Mühle, sondern die Gesamtsituation am Oberlauf der Uchte bis Staats geht und die Einbeziehung der Wassermühle in erster Linie auf das Engagement des Wassermühlenvereins zurückgeht.

c) Rettungsleitstelle

Herr Bolle informiert über einen Zeitungsartikel aus Salzwedel, nach dem der Kreistag des Altmarkkreises 25.000 € für das kommende Jahr für ein Gutachten über eine künftige gemeinsame Leitstelle mit dem Landkreis Stendal eingeplant hat. Er hinterfragt, ob in der Sache denn Gespräche laufen und fürchtet, dass jeder der beiden Landkreise erheblich in seine Leitstelle investiert hat und bei einer Zusammenlegung die halbe Ausstattung über ist. Weiterhin informiert er, dass er sich in der für das Havelland zuständigen Leitstelle in Potsdam informiert hat und bei den heute bestehenden technischen Voraussetzungen die ordnungsgemäße Arbeit einer Rettungsleitstelle auch auf größerer Fläche kein Problem darstellt. Er regt an, dass der Ausschuss auf einer der kommenden Sitzungen die Leitstelle Stendal besuchen könnte, um sich mit den Bedingungen vor Ort bekannt zu machen.

Dazu stellt **Herr Twartz** dar, dass das ursprüngliche Projekt einer gemeinsamen Rettungsleitstelle für die Altmark nach der neuen Gesetzeslage erneut in Angriff genommen werden sollte, um nicht eines Tages von Magdeburg aus mit verwaltet zu werden. Ein entsprechender Kreistagsbeschluss soll auch für Stendal erarbeitet werden, um dann nach unvoreingenommener Prüfung den besten Standort zu finden. Ein Drittel des Personals wäre damit einzusparen. Aus organisatorischer und fachlicher Sicht wäre eine gemeinsame Leitstelle für die Altmark kein Problem. Auf politischer Ebene muss nur die Standortfrage entschieden werden. Sollte dabei keine Einigung erzielt werden, wäre eine Entscheidungsfindung über ein unabhängiges Gutachten denkbar.

Frau Theil schlägt vor, dass die nächste Ausschusssitzung im Versammlungsraum in der Wendstraße tagt wird und die Leitstelle besucht wird. Diesem Vorschlag folgt der Fachausschuss.

d) **Herr Twartz** verabschiedet sich als Dezernent auf seiner letzten Sitzung dieses Ausschusses und bedankt sich für die jahrelange gute Zusammenarbeit.